



R - 01 - 2015A

WORKING PAPER



UMSTRITTENE SOLIDARITÄTEN

STEFAN WALLASCHEK UNIVERSITÄT BREMEN

EUROPÄISCHE UNION KRISENDISKURS SOLIDARITÄT



Herausgeberschaft:

Deutsche Nachwuchsgesellschaft für Politik- und Sozialwissenschaft e.V. (DNGPS)

Ansprechpartner:

Eike Ortlepp (working-paper@dngps.de)

Mateo Maciolek (maciolek@dngps.de)

Universität Osnabrück
Fachbereich Sozialwissenschaften
Seminarstrasse 33
49069 Osnabrück

Homepage: www.dngps.de

E-Mail: info@dngps.de

Soziale Netzwerke: www.facebook.com/DNGPS

Twitter: <https://twitter.com/DNGPS>

Amtsgerichtsnummer: VR 200767 | Amtsgericht Osnabrück | Ust-Ident. Nummer: 66/270/03787

Bankverbindung: Konto-Nr. 155 115 44 36 | BLZ 265 501 | Sparkasse Osnabrück

Die Inhalte werden von den jeweiligen Autorinnen und Autoren verantwortet.

Verlag:

Verlag Barbara Budrich, Stauffenbergstr. 7, D-51379 Leverkusen-Opladen

Tel. +49 (0)2171.344594 • Fax +49 (0)2171.344693 • info@budrich.de

www.budrich-academic.de • www.budrich-verlag.de • www.budrich-journals.de

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

©Dieses Werk ist im Verlag Barbara Budrich erschienen und steht unter folgender Creative Commons Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>.

Verbreitung, Speicherung und Vervielfältigung erlaubt, kommerzielle Nutzung und Veränderung nur mit Genehmigung des Verlags Barbara Budrich.



Diese Publikation steht im Open Access-Bereich der Verlagsseite zum kostenlosen Download bereit (www.budrich-journals.de/index.php/dngps).

ISSN Online: 2365-3329

Verlag Barbara Budrich, www.budrich-verlag.de

UMSTRITTENE SOLIDARITÄTEN

REZENSION

STEFAN WALLASCHEK

BREMEN INTERNATIONAL GRADUATE SCHOOL OF SOCIAL SCIENCES (BIGSSS)

UNIVERSITY BREMEN

WALLASCHEK@BIGSSS.UNI-BREMEN.DE

- *Knodt, Michèle/Tews, Anne (Hg.) (2014): Solidarität in der EU. Baden-Baden: Nomos, S. 312, 56 Euro. ISBN 978-3-8487-0379-1*
- *Kadelbach, Stefan (Hg.) (2014): Solidarität als Europäisches Rechtsprinzip? Baden-Baden: Nomos, S. 77, 22 Euro. ISBN 978-3-8487-1009-6*

Solidarität ist in der Forschung zur Europäischen Union *en vogue*. Nicht nur weil Solidarität zahlreich in den EU-Verträgen genannt wird, sondern auch, weil der öffentliche Diskurs die Fragen nach Grenzen und Möglichkeiten von solidarischem Handeln aufwirft. 2014 sind daher zwei Sammelbände erschienen, die jeweils unterschiedliche Schwerpunkte setzen.

Der umfangreichere Sammelband, herausgegeben von *M. Knodt* und *A. Tews*, versucht solidarisches Handeln im europäischen Mehrebenensystem zu verorten. Die Beiträge beziehen sich zudem auf verschiedene politische und gesellschaftliche Bereiche und Politikfelder und nehmen demnach in der Summe verschiedene Arten solidarischen Handelns in den Blick. Knodt und Tews schlagen in ihrem Einleitungstext deshalb vor, Solidarität in einer 4-Felder-Tabelle analytisch zu fassen. Dabei unterscheiden sie einerseits zwischen Solidarität auf das Individuum oder einen kollektiven Akteur bezogen und andererseits ob solidarisches Handeln auf horizontaler oder vertikaler Ebene stattfindet. Dieses Raster bildet den Rahmen für die nachfolgenden Beiträge, wobei diese sich nur selten auf die analytischen Konzepte von Knodt und Tews beziehen; leider muss man wohl sagen, weil dies die Kohärenz des Sammelbandes stark gesteigert hätte. Der Sammelband bildet nämlich ein breites Spektrum der Forschung ab.

Während der erste inhaltliche Beitrag im Sammelband noch den juristischen Kontext von Solidarität in der EU behandelt (*M. Klamert*), wendet sich der zweite Beitrag der Ausgestaltung des Solidaritätsprinzips durch die Katholische Kirche zu. Dabei konzentriert sich *H.-J. Große Kracht* auf den Solidaritätsdiskurs nach der Französischen Revolution, wobei sich der Solidaritätsbegriff bis auf das römische Recht zurückführen lässt, was vom Autor zwar kurz erwähnt, aber nicht weiter verfolgt wird. *S. Börner* bezieht Solidarität schließlich auf ein Politikfeld und versteht Solidarität als das Ergebnis sozialpolitischer Maßnahmen in der EU und analysiert daher die zaghafte europäischen Versuche eine

gemeinsame Sozialpolitik zu etablieren und damit das „soziale Band“ (Johannes Berger) zwischen den EU-BürgerInnen zu stärken. Aus einer konstruktivistischen Perspektive heraus verdeutlicht Börner, dass Solidarität als „zwischenmenschliche Beziehungen prägende Moral- und Verhaltensinstanz“ (68) verstanden werden sollte, wobei die jeweiligen zeithistorischen Kontexte (politisch, gesellschaftlich, ökonomisch) die konkrete Ausformung der Solidaritätseinstellung beeinflussen. In recht knapper Form skizziert die Autorin sozialpolitische Maßnahmen, vergleicht diese mit Umfragewerten und sieht anhand der Wahrnehmung europäischer Themen im nationalen Kontext verschiedene Formen von Solidarität im Entstehen.

H. Kleger und T. Mehlhausen gehen in ihrem Beitrag von einer dezidiert politiktheoretischen Perspektive an den Begriff der „Solidarität“ heran. Dieser muss *erstens* ein „Wir-Gefühl“ transportieren, womit er tendenziell eine bestimmte Gruppe von Individuen oder kollektiven Akteuren umfasst. *Zweitens* schafft er eine Unterscheidung in Helfende und Hilfebedürftige und basiert *drittens* auf Freiwilligkeit, da solidarisches Handeln moralisch oder juristisch nicht erzwungen werden kann. *Viertens* beinhaltet Solidarität ein reziprokes Verhältnis, weil die Möglichkeit solidarisch zu agieren auch die Chance beinhaltet, diese Solidarität wieder zu erfahren. Diese theoretische Fassung wird von den Autoren im empirischen Teil der Arbeit auf intergouvernementale Solidarität im EU-Kontext fokussiert, weil die EU-Krisendebatte „primär eine Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten“ (91) adressiert. Anhand dreier Weber'scher Idealtypen – „föderale Solidarität“, „organische Solidarität“ und „distributive Solidarität“ – untersuchen sie explorativ die verschiedenen Formen im Eurokrisendiskurs und deuten an, dass es vor allem um die letztgenannte Solidaritätsform geht.

C. Rüger fragt schließlich nach dem Potential von Solidarität in der Außen- und Sicherheitspolitik im EU-Raum. Während im ökonomischen Krisendiskurs Solidarität omnipräsent zu sein scheint, ist angesichts widerstreitender Interessen verschiedener EU-Mitgliedsstaaten (man denke an die außenpolitischen Debatten zu Libyen oder der Ukraine) von Solidarität in diesem Politikfeld im öffentlichen Diskurs kaum zu hören. Dabei ist Solidarität als außenpolitische Norm von zentraler Bedeutung und wird von der Autorin in wichtigen EU-Dokumenten zur Außen- und Sicherheitspolitik untersucht. Sie verfolgt deren Nennung und Explikation bis zurück zum Schuman-Plan und bettet damit die aktuellen Entwicklungen in einen breiteren historischen Kontext der aufzeigt, dass Solidarität seit Beginn europäischer Integrationsprozesse immer wieder von zentraler Bedeutung für dieses Politikfeld war und ist. Nach dem Vertrag von Amsterdam (1999) und der Schaffung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ist es schließlich der Lissaboner Vertrag (2009) der eine eigene Solidaritätsklausel besitzt und jene gleichermaßen als „Fundament [...] [und] Ziel der GASP [Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, S.W.]“ (252) konstituiert. In der Praxis hingegen, so Rüger, wurde Solidarität im EU-Kontext bisher rein rhetorisch und selbst da sehr ambivalent genutzt. So scheinen jeweils nationale Interessenlage einzelner EU-Staaten wichtiger zu sein als Solidaritätsbekundungen im z. B. Falklandkrieg zwischen Großbritannien und Argentinien (1982) oder dem Irakkrieg 2003. Seit dem Inkrafttreten des Lissaboner Vertrag wurde die Solidaritätsforderung noch nicht erhoben, doch wenig spricht dafür, dass sich die bisherigen Konflikte nicht wiederholen weswegen auch Rüger von einem „eher weiche[n], um nicht zu sagen ineffektive[n] Prinzip“ in der GASP spricht, welches zumeist im Schatten nationaler Souveränität steht.

Der schmale Sammelband, der von S. Kadelbach herausgegeben wird und auf Beiträgen vom Elften Walter-Hallstein-Kolloquium im Dezember 2011 basiert, nimmt die bereits angesprochene rechtswissenschaftliche Perspektive ein und fragt demzufolge, welche rechtlichen Grundlage für

Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten der EU besteht. Findet man doch bereits in der Präambel des Vertrages von Lissabon in Absatz 6 einen Verweis darauf, dass die EU die „Solidarität zwischen ihren Völkern unter Achtung ihrer Geschichte, ihrer Kultur und ihrer Traditionen [...] stärken [will]“.

Kadelbach stellt im Einleitungsbeitrag heraus, dass Solidarität klassischerweise durch einen Sozialvertrag zwischen den Mitgliedern einer Gemeinschaft, z. B. dem Nationalstaat, geschaffen wird und damit unterstellt wird, dass die Gemeinschaftsmitglieder etwas verbindet und die gleichen Ziele verfolgen. Mag diese Vorstellung für den Nationalstaat noch gelten – wobei wohl auch in zunehmend pluralistischen Gesellschaften dies hinterfragt werden müsste – stellt es die *Europäische Gemeinschaft* vor erhebliche Integrations- und Legitimationsherausforderungen. Der Autor zeigt, dass Solidarität durchaus als Rechtsprinzip und „Leitnorm“ (S. 17) verstanden werden kann, um die konkrete Ausgestaltung solidarischen Handelns in der EU anzuleiten.

J. Bast geht auf die rechtliche Stellung von Solidarität im EU-Einwanderungs- und Asylrecht ein und zeigt dabei eine wichtige Spannung auf: Während im Lissaboner Vertrag Solidarität ein wichtiger Bezugspunkt für die Innen- und Justizpolitik ist (und damit auch relevant für Fragen der Migration), unterlaufen die Dublin II-Verordnungen eben dieses Prinzip und Lasten den Grenzländern wie Italien oder Griechenland alle Verantwortung und Regelung auf; ein solidarischer Ausgleich zwischen den EU-Mitgliedsstaaten, wie im Lissaboner Vertrag vorgesehen, erfolgt somit nicht.

Die 17 Staaten der Eurozone haben mit dem Vertrag zum Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) im Jahr 2010 eine „neue internationale Finanzinstitution“ (S. 34) mit völkerrechtlichem Status geschaffen und *C. Gaitanides* unterzieht diesem Vertrag eine eingehende Überprüfung unter dem Gesichtspunkt der Solidarität. Interessanterweise sieht die Autorin in den „Rettungsmaßnahmen“ gerade nicht Solidarität wirken, denn

„Kriseninterventionsmaßnahmen, wie sie sich im EFSM und EFSF widerspiegeln, sind Programme, die erst *nach* Eintritt des krisenhaften Ereignisses eingerichtet und mit Blick auf die konkrete Krisensituation auch *zeitlich befristet* wurden. Solidarisches Handeln beinhaltet hingegen gemeinsames Handeln auf der Grundlage einer *vor* einer möglichen Krise, also zunächst uneigennützig, und zudem *dauerhaft* konzipierten Risikogemeinschaft. [meine Hervorhebungen, S. W.]“ (S. 36-37).

Die Autorin plädiert daher auch für eine beständige Einrichtung eines europäischen Finanzmechanismus auf Grundlage des Solidarprinzips, um zukünftige Krisensituation generell zu regeln und nicht jeweils ad-hoc. Die zwei Sammelbände stechen somit in beträchtliche Forschungsdesiderate, da die einzelnen Beiträge instruktiv zeigen wie verschiedene Formen und (Rechts-)Praxen von Solidarität im EU-Kontext wirken. Die Beiträge werfen aber auch weitere Fragen auf und regen dazu an, sich eingehender mit verschiedenen Akteuren, Politikfeldern und Rechtsauslegungen zu beschäftigen. Denn das Solidarität ein zentraler Wert in der EU ist, ist unbestritten. Jedoch sind es die Bedeutungen und Ausformungen von Solidarität welche in der EU stark umkämpft sind und diese gilt es weiter zu erforschen.